

Sergio Grassi
März 2023

STRATEGISCHE AGENDA IN STÜRMISCHEN ZEITEN

Die »Zwei Sitzungen« Chinas in 2023

Der 14. Nationale Volkskongress (NVK) und die 14. Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes (PKKCV) tagten vom 4.–13. März 2023 in Peking. Die Eröffnungssitzungen des NVK und der PKKCV, die erstmals seit dem abrupten Ende der Null-Covid-Politik wieder in voller Präsenz stattfanden, waren damit die kürzesten in 40 Jahren.

Am ersten Tag des NVK trug der scheidende Ministerpräsident Li Keqiang den 3.000 Delegierten seinen Arbeitsbericht vor. Er legte über die vergangenen fünf Jahre Rechenschaft ab und stellte die zentralen Regierungskonzepte für 2023 vor. Mit Bedauern kommentierte Li, dass die chinesische Wirtschaft aufgrund der Pandemie sowie weiterer nationaler wie internationaler Faktoren in 2022 nach offiziellen Angaben nur drei Prozent gewachsen ist, was dem zweitniedrigsten Wachstum seit vier Jahrzehnten entspricht. Nur indirekt sprach er das Dilemma seiner Amtszeit an: einerseits der unter Staats- und Parteichef Xi Jinping verfolgte Anspruch einer marxistisch-leninistischen Orthodoxie und einer robusteren Außenpolitik, andererseits die pragmatische Notwendigkeit, außenwirtschaftlich offen zu bleiben und dadurch ausreichend Wirtschaftswachstum für gesellschaftspolitische Stabilität zu realisieren. Stolz ist man in Peking, dass die Inflation – im Vergleich zu vielen anderen Teilen der Welt in 2022 – im Sinne gesellschaftspolitischer Stabilität mit zwei Prozent vergleichsweise niedrig gehalten werden konnte.

Die zwei Sitzungen standen dementsprechend im Zeichen der Wiederbelebung der Wirtschaft, umfassender nationaler Sicherheit, außenpolitischer Herausforderungen sowie weitgehender personeller Neubesetzung.

WENIGER WACHSTUM ZUGUNSTEN VON NACHHALTIGKEIT, STABILITÄT UND SICHERHEIT

Im Bereich **Wirtschaft, Technologie und Umwelt** setzt sich Peking für 2023 die Pläneziele von vergleichsweise mode-

raten fünf Prozent Wirtschaftswachstum und der Schaffung von zwölf Millionen neuen Arbeitsplätzen. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds würde dies zu rund einem Drittel des weltweiten Wachstums beitragen. Chinas Entscheidungsträger_innen bekräftigten ihr neues Entwicklungskonzept und die sensible Umstellung vom Wirtschaftsmodell des quantitativen Wachstums zu mehr sozioökonomischer Stabilität sowie zu sogenannter hochqualitativer Entwicklung, um ein auf allen Gebieten modernes sozialistisches Land zu werden. Die Modernisierung chinesischer Prägung unter Führung der KPCh mit Xi Jinping als Kern ist jedoch auf den wirtschaftlichen, technologischen, ökologischen und sozialen Fortschritt begrenzt, während der Emanzipationsgedanke des Einzelnen unterdrückt wird. Dementsprechend gibt es seit Ende der dreijährigen Null-Covid-Politik zwar die Planvorgabe, sich für den viel beschworenen wirtschaftlichen Wiederaufschwung der Außenwelt zu öffnen, der Fokus liegt jedoch eindeutig auf der wirtschaftlichen Öffnung zur Verbesserung des Innovations-, Investitions- und Geschäftsklimas, nicht aber auf einer geistigen Öffnung, die auch wieder mehr öffentlichen Diskurs ermöglichen würde.

Für den wirtschaftlichen Wiederaufschwung sollen der Binnenmarkt gestärkt und damit eine erhöhte Konsumquote gefördert sowie die in Pandemiezeiten aufgestauten Investitionen genutzt werden. Nicht zuletzt aufgrund der weitreichenden sozioökonomischen Schäden der Null-Covid-Politik leidet die chinesische Wirtschaft jedoch unter einer massiven Vertrauenskrise, die nachfrageseitig wie angebotsseitig besteht. Hinzu kommen längerfristige Trends wie die schnell alternde Bevölkerung und ein sinkendes Produktivitätswachstum. Politikmaßnahmen sollen daher prioritär Beschäftigung – u. a. durch verbesserte berufliche Bildung – stimulieren, Preise stabilisieren und abgewogene Umverteilung über soziale Sicherung und Steuerreformen realisieren. Die auf der zentralen wirtschaftlichen Arbeitskonferenz im Dezember 2022 eingeleitete Kurskorrektur, die neben der Staatswirt-

schaft auch die wichtige Rolle der Privatwirtschaft hervorhebt, wurde erneut bekräftigt. Landwirtschaft, Industrie-, Technologie- und Bildungssektor und damit implizit die Sicherheit bei Lieferketten, Nahrungsmitteln, Energie, Rohstoffen sowie die technologische Unabhängigkeit sollen gefördert werden. Die Erforschung, Entwicklung sowie Anwendung und Verbreitung von Spitzentechnologien soll durch neue Forschungseinrichtungen beschleunigt werden. Xi bekräftigte erneut, dass Entwicklung und Sicherheit sich gegenseitig bedingen und die Wirtschaft gegen Krisen abgesichert werden muss. An den zwei Sitzungen nahmen über 100 Vertreter_innen der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie sowie Firmen aus den Bereichen Halbleiter und Künstliche Intelligenz teil.

Im Arbeitsbericht der Regierung wird die Zielsetzung einer grünen Transformation bekräftigt. Auf- und Ausbau einer umweltbezogenen Infrastruktur in Stadt und Land sollen verstärkt, Ökosysteme geschützt und wiederhergestellt werden. Die saubere und hocheffiziente Nutzung von Kohle soll gefördert und entsprechende Technologien erforscht und entwickelt werden, was auf einen verlangsamten Ausstieg aus der Kohlenutzung zugunsten von Energiesicherheit hindeuten könnte. Allerdings wurde die Realisierung von Chinas bekannten 2030/2060-Klimazielen (Höchstwert beim CO₂-Ausstoß/Klimaneutralität) bestätigt.

Global betrachtet leidet der Handel unter geökonomischer Fragmentierung und einer zunehmend ineffektiven Arbeitsteilung. Zur Belebung des regionalen Handels strebe China – nach Informationen des Handelsministeriums – u. a. nach einer 3.0-Version des China-ASEAN-Freihandelsvertrags, der die weitere industrielle Integration Chinas mit dem ASEAN-Raum beschleunigen soll. Mit der gleichen Zielsetzung soll auch das Potenzial von RCEP – der größten Freihandelszone der Welt – genutzt werden, an der China und ASEAN ebenfalls beteiligt sind. Zur verstetigten Vernetzung mit Südostasien treibt China sein panasiatisches Schienennetz von Schnellzügen voran, das gleichzeitig auch mit Europa verbunden wurde (China-Europe Railway Express). Denn bislang pocht Peking darauf, Europas strategischer Partner zu sein, und hofft, dass zentrale europäische Länder perspektivisch mehr Abstand zu den USA anstreben.

ROTE LINIEN & KONTUREN EINER WELTORDNUNG CHINESISCHER PRÄGUNG

Im Bereich **Außenpolitik und (traditionelle) Sicherheit** wiederholte Li Keqiang die Einschätzung, dass sich China einem »stürmischen internationalen Umfeld« gegenübersteht. Die Militärausgaben sollen um 7,2 Prozent steigen. Nach Schätzungen des Stockholm International Peace Research Institute betrug Chinas Militärbudget im Jahr 2022 insgesamt 230 Milliarden US-Dollar und damit 1,7 Prozent des BIP.

Das Militär müsse in der Lage sein, »militärische Einsätze auszuführen«, sich »parallel dazu auf Kriegsfälle vorbereiten« und bis 2027 »Weltklasse-Niveau« erreichen. Der Oberkommandierende Xi rief die Streitkräfte dazu auf, »Chinas System um-

fassender strategischer Fähigkeiten zu konsolidieren«. Ungewöhnlich war, dass der scheidende Premier hinsichtlich Taiwans auf die bisher übliche Warnung verzichtete, eine Unabhängigkeit zur Not auch mit Gewalt zu verhindern. »Ziel muss es sein, die friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes voranzutreiben. Die Landsleute auf beiden Seiten sind blutsverwandt«, so Li Keqiang.

Der neue Premierminister Li Qiang stellte in Anlehnung an Xi Jinpings vorherige Aussagen bei einer Pressekonferenz relativ nüchtern fest, dass »Einkreisung und Unterdrückung« sowie der von einigen Personen forcierte »Hype eines Decoupling« weder im Interesse der USA noch Chinas wäre. Chinas neuer Premier signalisiert somit recht pragmatisch die grundsätzliche Bereitschaft zur Zusammenarbeit.

Deutlich schärfer waren hingegen die Aussagen von Chinas neuem Außenminister Qin Gang, der auf seiner Pressekonferenz sagte, dass China keine unilateral von Washington vorgeschlagenen Leitplanken akzeptiere, die Peking zukünftig nur davon abhalten sollen, auf Provokationen zu reagieren. Wenn die USA nicht auf die Bremse treten und stattdessen weiterhin auf dem falschen Pfad beschleunigen, helfen keine Leitplanken »beim Entgleisen« und es komme sicherlich zum Konflikt. Diese Politik mache die Zukunft der Menschheit zu einem Glücksspiel, so Qin. Die Indo-Pazifik-Strategie der USA bezeichnete er als »Indo-Pazifik-Version der NATO«.

In Bezug auf Taiwan sagte er, dass Taiwan die »erste rote Linie« in den US-China-Beziehungen sei, die niemals überschritten werden dürfe. Qin bekräftigte, dass sich Peking alle notwendigen Mittel vorbehalten werde, um die Souveränität über Taiwan zu sichern. Chinas Außenminister signalisiert somit Pekings grundsätzliche Bereitschaft, für seine Kerninteressen einen Konflikt auszutragen.

An Europa adressiert sagte Qin, dass Peking hoffe, Europa könne »echte strategische Autonomie« und längerfristigen Frieden und Stabilität realisieren. Bezüglich Russlands Krieg gegen die Ukraine sagte Chinas neuer Außenminister, dass China »diese Krise« nicht verursacht habe, China keine Konfliktpartei sei und keiner Seite irgendwelche Waffen geliefert hätte.

Qin verwies auch auf das kürzlich von seinem Ministerium vorgelegte Positionspapier zur politischen Beilegung der Ukraine-Krise. Zudem skizzierte er das fast zeitgleich veröffentlichte Positionspapier zur Globalen Sicherheitsinitiative (GSI), in dem Konzepte, Prinzipien und erste Vorstellungen unterbreitet werden, wie sich Peking seinen Beitrag einer grundsätzlichen Reform für eine »gerechtere Weltordnung« sowie eine »neue globale Sicherheitsordnung« vorstellt. Damit verbunden ist der Anspruch, dass China als großes und starkes Land zunehmend die Weltordnung mitgestaltet, zentraler Interessenvertreter der Entwicklungsländer ist und als friedensstiftende Macht wahrgenommen wird. In Peking wird beispielsweise die kürzlich bekannt gewordene Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Iran und Saudi-Arabien als Erfolg chinesischer Vermittlung und Eröffnungsakt der GSI dargestellt. Als Essenz der chinesischen Vision von Sicherheit wird in dem Pa-

pier das Konzept gemeinsamer Sicherheit benannt, während jede Form von »Block-Konfrontation« offiziell abgelehnt wird. Am Ende des Papiers wird für die Umsetzung der genannten Konzepte, Prinzipien und Mechanismen auf regionale Organisationen wie die Shanghai Cooperation Organisation, BRICS, ASEAN sowie die Afrikanische Union verwiesen. Ziel ist es, dass sich so viele China wohlgesonnene Länder und Organisationen wie möglich hinter der Initiative versammeln, um zu untermauern, dass sich das Gravitationszentrum der Welt in Richtung der Entwicklungsländer verschiebt. Spannend wäre es dementsprechend mit Peking zu klären, wie wir neben einer Block-Konfrontation zukünftig auch eine »Club-Konfrontation« vermeiden können.

Xi's KONSOLIDIRTER FÜHRUNGSZIRKEL FÜR DIE REPRESSIVE MODERNE

Im Bereich **Personal & Strukturreform** (siehe auch Annex) waren die wichtigsten Personalien die erwartete einstimmige Bestätigung der dritten fünfjährigen Amtszeit von Xi Jinping als Staatspräsident und als Vorsitzender der nationalen ZK-Militärkommission. Darüber hinaus wurde Li Qiang zum neuen Premierminister ernannt. Anders als sein Vorgänger gilt er als enger Vertrauter Xi Jinpings. Beobachter_innen rechnen damit, dass er mehr Freiheiten haben dürfte als Li Keqiang. Li Qiang wird nachgesagt, ein großer Förderer der Digitalwirtschaft zu sein, der auch internationale Unternehmen wie Tesla erfolgreich nach Shanghai gebracht hat. Als Shanghais Parteisekretär war er ohnehin für eines der wichtigsten Wirtschafts- und Finanzzentren des Landes mit 70.000 internationalen Unternehmen verantwortlich. Umstritten ist dagegen seine Bilanz beim Management des drakonischen Corona-Lockdowns im Frühjahr 2022 in Shanghai.

Ding Xuexiang, der Xi Jinping als Stabschef diente, wird geschäftsführender erster Vize-Premier. Han Zheng, der bisherige erste Vize-Premier, ersetzt Wang Qishan als Vize-Präsident und soll auch Aufgaben in Chinas Außendiplomatie übernehmen. Han Zheng ist auch insofern eine interessante Person, da er von 2012 bis 2017 als Parteisekretär von Shanghai diente und somit für den Austausch mit Shanghais deutscher Schwesterstadt Hamburg unter dem ersten Bürgermeister Olaf Scholz zuständig war. Wang Huning, der drei KPCh-Generalsekretären als Ideologie-Zar diente, wird neuer Vorsitzender der PKKCV und gleichzeitig auch Vize-Vorsitzender (hinter Xi) der Zentralen Führungsgruppe für Taiwan-Angelegenheiten.

Die Zusammensetzung des neuen Staatsrats spiegelt den Fokus auf Technologie, Sicherheit und sozioökonomische Stabilität wider. Eine zentrale Technologie-Kommission wurde neu etabliert, die sich mit der Beseitigung von Chinas technologischen Schwachstellen wie bspw. Halbleitern beschäftigen soll. Die konkrete Umstrukturierung in den Parteiorganen wird allerdings erst in den kommenden Wochen bekannt gegeben. Es kristallisiert sich jedoch heraus, dass nach dem größten Umbau der Regierung seit zehn Jahren die Raumfahrt-Rüstungs-Gang, die Zhejiang-Gang (repräsentiert von Li Qiang), die Fujian-Gang (repräsentiert von Cai Qi) sowie die Shang-

hai-Gang (repräsentiert von Ding Xuexiang) die wichtigen neuen Machtzirkel innerhalb der KPCh sein dürften. Nicht zuletzt wurde die Schaffung einer neuen nationalen Finanzaufsichtsbehörde bekannt gegeben, die Systemrisiken für den Finanzsektor überwachen soll. Die neue Behörde dürfte dementsprechend auch Einfluss auf große Initiativen wie die Global Development Initiative, die Belt-and-Road-Initiative sowie Chinas internationale Kreditvergabe haben.

Der nunmehr vollends konsolidierte Führungszirkel um Xi Jinping trägt schlussendlich die Verantwortung, die bereits im Oktober 2022 auf dem 20. Parteitag der KPCh formulierten großen Strategien langfristig umzusetzen, sodass die Volksrepublik auf dem Weg in eine repressive Moderne chinesischer Prägung planmäßig ein starkes Land wird, das zunehmend die Weltordnung mitgestaltet.

Sergio Grassi

Landesvertreter der FES in Peking

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Asien und Pazifik |
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Stefan Pantekoek
China Desk, Referat Asien und Pazifik
stefan.pantekoek@fes.de